

Hansestadt Stendal, 26.02.2021

Niederschrift über die öffentliche/ nicht öffentliche Sitzung des Haupt- und Personalausschusses

Tag der Sitzung: Mittwoch, 27.01.2021
Ort: Rathausfestsaal, Markt 1, 39576 Hansestadt Stendal
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 21:03 Uhr

Anwesend sind:

Vorsitzende/r

Schmoltz, Klaus

Mitglieder

Bausemer, Arno

Büttner, Matthias

Instenberg, Reiner

Lenkeit, Anette

Röhl, Christian

Röxe, Joachim

bis TOP 13

Schüßler, Xenia

bis TOP 13

Schwarzer, Jörg

bis TOP 31

Weise, Thomas

Wollmann, Herbert, Dr.

Protokollführer/in

Lodders, Stefan

von der Verwaltung

Heidemann, Mandy

Hell, Rüdiger

Jantsch, Marion

Neumann, Matthias

Pidun, Silke

Pietrzak, Beate

Richter, Diana

Rosenlöcher, Jörg

Schröder, Annegret

Tüngler, Bärbel

Westrum, Georg-Wilhelm

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----|--|-------------------|
| 1 | Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Feststellung der Tagesordnung | |
| 3 | Einwohnerfragestunde | |
| 4 | Informationen des Oberbürgermeisters | |
| 5 | Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nicht öffentlichen Teil der letzten Sitzung | |
| 6 | Antrag des Ortschaftsrates Dahlen zur Aufstellung eines Geschwindigkeitsanzeigers | A VII/072 |
| 7 | Antrag der Fraktion DIE LINKE-Bündnis 90/Die Grünen zur Überarbeitung/Ergänzung der Gefahrenabwehrverordnung und der Satzung über die öffentliche Ordnung in der Hansestadt Stendal | A VII/073 |
| 8 | Antrag des Ortschaftsrates Heeren auf Ausbau des verlängerten Qickbornweges mit Betonspurbahnen | A VII/074 |
| 9 | Antrag des Ortschaftsrates Groß Schwechten auf Errichtung von Schwellern in der Siedlerstraße und der Friedensstraße in Groß Sehwechten | A VII/079 |
| 10 | Antrag des Ortschaftsrates Uchtspringe über die Aufnahme der Schulhofsanierung (Pausenhofbereich) in der Grundschule Börnitz in den Maßnahmen- und Haushaltsplan der Hansestadt Stendal für das Haushaltsjahr 2021 | A VII/080 |
| 11 | Antrag der Fraktion FSS/BfS zu § 131 Abs. 1 / 3 KVG LSA - Grundsatzbeschluss | A VII/081 |
| 12 | Antrag der Fraktion FSS/BfS zur Einräumung von Prüfungsbefugnisse in Unternehmen in Privatrechtsform | A VII/082 |
| 13 | Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2021 | VII/0353 |
| 14 | Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses 2019 und die Entlastung der Betriebsleitung des Technologiepark Altmark - Eigenbetrieb der Hansestadt Stendal | VII/0347 |
| 15 | Radverkehrskonzept 2020 | VII/0348 |
| 16 | Kooperationsvereinbarung zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie für das Industriegebiet Buchholz/Lüderitz | VII/0282/2 |
| 17 | Beschluss über den Prüfbericht des Landesrechnungshofes zum Winckelmann Museum | VII/0350 |
| 18 | Stadtentwicklungskonzept - Teilthema Klima und Umwelt; hier: Auslegungsbeschluss | VII/0354 |
| 19 | Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 37/21 "Solarpark Wahrburg - Südlich Tornauer Str." hier: Aufstellungsbeschluss | VII/0355 |
| 20 | 10. Änderung des Flächennutzungsplans Stadt Stendal "Solarpark Wahrburg- Südlich Tornauer Str." hier: Aufstellungsbeschluss | VII/0356 |
| 21 | Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 38/21 "Solarpark Möringen - Inselsche Rott" hier: Aufstellungsbeschluss | VII/0358 |
| 22 | Bebauungsplan Nr. 58/18 "Uenglinger Berg, 1. Erweiterung" – Abwägungsbeschluss zu den abgegebenen Stellungnahmen | VII/0341 |
| 23 | Bebauungsplan Nr. 58/18 "Uenglinger Berg - 1. Erweiterung" – Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB | VII/0342 |
| 24 | Beschluss über den Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplan des Fördermittelprogramms "Sozialer Zusammenhalt", Stendal-Stadtsee, Programmjahr 2021 | VII/0360 |
| 25 | Beschluss über den Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und | VII/0361 |



	Zeitplan des Fördermittelprogramms "Wachstum und nachhaltige Erneuerung", Stadtsee, Programmjahr 2021	
26	Beschluss über den Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplan des Fördermittelprogramms "Wachstum und nachhaltige Erneuerung", Süd, Programmjahr 2021	VII/0362
27	Beschluss über den Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplan des Fördermittelprogramms "Investitionspakt Förderung von Sportstätten", Programmjahr 2021	VII/0363
28	Beschluss über den Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplan des Fördermittelprogramms Lebendige Zentren - "Altstadt mit Bahnhofsvorstadt", Programmjahr 2021	VII/0364
29	Spendenangebot	VII/0383
30	Spendenangebot	VII/0382
31	Anfragen/Anregungen	

Nicht öffentlicher Teil

32	Informationen des Oberbürgermeisters	
33	Um- und Neugestaltung Schadowwachen - Verkehrsanlagen Los 1: Straßenbau mit Unterbau, Pflasterflächen, Straßenbeleuchtung	VII/0373
34	Beschluss zur Auftragsvergabe für die Wärmeversorgung TH Haferbreite und GS Neubau Haferbreite über Contracting	VII/0368
35	Ostkorridor Nord, ABS Stendal - Uelzen, 2.BS, Knoten Stendal, zweigleisiger Ausbau, Variantenentscheidung zum Umbau der Bahnübergänge	VII/0357
36	Anfragen/Anregungen	



Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu TOP 1 Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Oberbürgermeister Schmotz eröffnet die Sitzung. Er begrüßt alle anwesenden Mitglieder, sowie die Verwaltung und die Öffentlichkeit. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Es sind elf Mitglieder anwesend.

Weiterhin macht er auf die geltenden Vorschriften der aktuellen Corona-Eindämmungsverordnung aufmerksam und kündigt an regelmäßig die Sitzung zum Lüften des Raumes zu unterbrechen.

zu TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Stadtrat Weise beantragt den TOP 21 zu verschieben, da der Ortschaftsrat Möringen hierüber noch nicht beraten hat.

Herr Stadtrat Röxe beantragt TOP 17 abzusetzen. Hierzu gab es kurz vor der Sitzung eine Änderung des Prüfberichts, die noch nicht in den Fraktionen beraten werden konnte.

Herr Stadtrat Röhl bittet die Vorlagen zu TOP 8 und 10 im Zusammenhang mit dem Haushaltsplan und der Haushaltssatzung 2021 unter TOP 13 zu behandeln.

Herr Oberbürgermeister Schmotz stimmt dem zu.

Abstimmung (Verschiebung TOP 21):

11 Ja einstimmig beschlossen

Abstimmung (Absetzung TOP 17):

11 Ja einstimmig beschlossen

Die Tagesordnung wird in der geänderten Fassung, ohne TOP 21 und TOP 17 und mit TOP 8 und 10 im Zusammenhang mit TOP 13 bestätigt.

zu TOP 3 Einwohnerfragestunde

Herr Roske stellt folgende Fragen:

1. Wird bei der Stadtverwaltung Homeoffice praktiziert und wenn ja wie viele Kollegen sind davon betroffen? Wie viel Geld muss dafür in die Hand genommen werden?
2. Wie viele Mitarbeiter sind von Kurzarbeit betroffen? Für wie viele Stunden sind sie beschäftigt? Wird dies von der Stadt aufgestockt? Was würde eine Aufstockung kosten?
3. Wie wird beim Auftreten einer Coronainfektion eines Mitarbeiters reagiert? Kommt nur der betroffene in Quarantäne oder auch die Kollegen? Gab es bereits Fälle bzw. gibt es momentan Fälle?



Herr Oberbürgermeister Schmotz antwortet wie folgt:

1. Vor der Sitzung habe er ca. 30 Verträge zum Thema mobiles Arbeiten unterschrieben. Dies werde schon länger praktiziert und wurde nicht erst mit den neuen arbeitsrechtlichen Vorschriften eingeführt.
2. Kurzarbeit findet vorwiegend im Theater der Altmark und im AltOa Anwendung. Es gibt eine Aufstockung durch den kommunalen Arbeitgeberverband.
3. Es gab in der Vergangenheit und gegenwärtig Fälle. Die Quarantäne wird durch den Landkreis angeordnet. Sollte dies nicht der Fall sein, entscheidet die Stadt über eine mögliche Quarantäne. Mitarbeiter aus dem unmittelbaren Umfeld von Infizierten werden vorsorglich in Quarantäne geschickt. In einigen Fällen erfolgen auch Schnelltests.

zu TOP 4 Informationen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Schmotz berichtet über die Wunschzettel, welche zahlreich an den Weihnachtsbaum auf dem Marktplatz gehängt wurden. Vorwiegend gingen daraus zwei Themenkomplexe hervor. Zum einen das Thema Auto- und Radverkehr und zum anderen das Thema Umwelt. So wurde unter anderem der Wunsch nach fahrradfreundlichen Fahrstühlen am Bahnhof und generell die Verbesserung der Fahrradfreundlichkeit der Stadt geäußert. Außerdem gab es die Anregung den Klimanotstand auszurufen und die Innenstadt grüner zu machen.

Des Weiteren, informiert er kurz über die aktuellen Entwicklungen zur Corona-Pandemie.

zu TOP 5 Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nicht öffentlichen Teil der letzten Sitzung

In der Sitzung am 13.01.2021 wurden folgende Beschlüsse gefasst:

Beschlussfassung über die Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der Sitzung
vom 25.11.2020 - einstimmig angenommen

VII/0372 Personalangelegenheit - SB Techniker Tiefbau
- einstimmig beschlossen

VII/0366 Personalangelegenheit (Beförderung)
- einstimmig beschlossen

zu TOP 6 Antrag des Ortschaftsrates Dahlen zur Aufstellung eines Geschwindigkeitsanzeigers

A VII/072 **Herr Stadtrat Bausemer** berichtet über den von der AFD Fraktion gestellten Änderungsantrag.

Herr Stadtrat Instenberg befürwortet den Antrag, jedoch appelliert er, dass in kleinen Orten wie Dahlen, in denen jeder jeden kennt, das persönliche Gespräch gesucht werden sollte, um die zu schnell Gefahrenen zur Rede zu stellen.



Herr Stadtrat Weise weist daraufhin, dass Dahlen aber auch oft als Abkürzung genutzt wird.

Beschlussvorschlag (Änderungsantrag):

Der Ortschaftsrat Dahlen beantragt, dass im Zusammenhang mit der Sicherheit von/auf Schulwegen ein Geschwindigkeitsanzeiger aufgestellt wird. Dieser soll auf Schwerpunktstraßen in der Hansestadt Stendal eingesetzt werden, beginnend im Ortsteil Dahlen.

Ja 11 geändert beschlossen

zu TOP 7 Antrag der Fraktion DIE LINKE-Bündnis 90/Die Grünen zur Überarbeitung/Ergänzung der Gefahrenabwehrverordnung und der Satzung über die öffentliche Ordnung in der Hansestadt Stendal

A VII/073 **Herr Stadtrat Röxe** stellt den Antrag vor und begründet diesen. Ihm sei auch bekannt, dass es in einigen Ortsteilen dazu Vorbehalte gebe, da dies ein Problem der Stadt und nicht der kleineren Ortschaften sei. Jedoch würde die Befragungen von Tierschützern etwas anderes ergeben. Hiernach seien die Hot-Spots am Rande von Gemeinden und nicht in Stadtzentren. Wenn Katzen sich unkontrolliert vermehren würden, führe dies zum Elend der Katzen, da sie keine ausreichende medizinische Versorgung und Nahrung bekämen. Er weist daraufhin, dass dieser Antrag in die Zukunft gerichtet sei.

Herr Stadtrat Schwarzer meint, man schaffe so ein weiteres bürokratisches Monster.

Herr Stadtrat Instenberg fragt, ob die Verwaltung hier ein Gefährdungspotenzial sieht. Er stellt in Frage, ob man die Umsetzung kontrollieren könne.

Frau Heidemann weist auf die Gefahren, die eine große Katzenpopulation birgt, hin. Insbesondere für die Katzen selbst, als auch für andere Tiere. Sie sehe keinen großen Aufwand für die Verwaltung. Man erhoffe sich mit der Umsetzung ein Umdenken bei den Katzenbesitzern zu bewirken. Der nächstgrößere Schritt wäre eine Katzenschutzverordnung. Diese würde das Einfangen und Kastrieren der Katzen ermöglichen. Jedoch sei dies das letzte Mittel. Ziel sei eine Besserung in den nächsten fünf bis zehn Jahren.

Herr Stadtrat Röxe weist darauf hin, dass es solche Maßnahmen schon in einigen Städten in Sachsen-Anhalt gebe und erste Erfolge zu erkennen seien. Man wolle indirekt über zufällige Fälle feststellen, ob die „Freigänger“ gechipt sind.

Herr Stadtrat Schwarzer weist auf das Datenschutzproblem hin.

Herr Stadtrat Röhl berichtet aus seinem Viertel, dass man sich über streunende Katzen freue. Er bittet um die Aufstellung der Kosten bis zum Stadtrat.

Herr Stadtrat Dr. Wollmann fragt, was passiert, wenn eine Katze ohne Chip erwischt wird.

Herr Stadtrat Sobotta spricht sich für die Vorlage aus.

Herr Stadtrat Bausemer sieht hier noch keinen Handlungsbedarf.



Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt die Änderung der Gefahrenabwehrverordnung wie folgt:

§ 5 wird um folgende Absätze ergänzt:

(5) Katzenhalter/Katzenhalterinnen, die Ihrer Katze Zugang ins Freie gewähren, haben diese zuvor von einem Tierarzt/einer Tierärztin kastrieren/sterilisieren zu lassen. Die Durchführung ist von einem Tierarzt/einer Tierärztin schriftlich bestätigen zu lassen sowie für die Lebenszeit der Katze aufzubewahren und auf Verlangen vorzuzeigen. Dies gilt nicht für weniger als 5 Monate alte Katzen. Im Zuge der Kastration ist die Katze durch einen Transponderchip zu kennzeichnen und in einem Heimtierregister registrieren zu lassen. Diese Regelung gilt nur für Katzen, welche nach dem 01.08.2021 geboren wurden.

(6) Für die Zucht von Rassekatzen können auf Antrag Ausnahmen gemäß § 9 dieser Verordnung von der Kastrationspflicht zugelassen werden, sofern eine Kontrolle und Versorgung der Nachzucht glaubhaft dargelegt wird.

§ 11 Abs. 1 wird um Nr. 18 ergänzt:

18. entgegen § 5 Abs. 5 der Kastration, Kennzeichnung und Registrierung von Katzen nicht nachkommt, wenn diese Zugang ins Freie haben.

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, eine verbindliche Regelung zur Kastration/Sterilisierung von halterlosen Katzen ist in enger Abstimmung mit Vertretern des Tierschutzes zu erarbeiten und bis zum 30.06.2021 dem Stadtrat vorzulegen.

Ja 5 Nein 4 Enthaltung 2 mehrheitlich beschlossen

zu TOP 8 Antrag des Ortschaftsrates Heeren auf Ausbau des verlängerten Qickbornweges mit Betonspurbahnen

A VII/074 Der Antrag wird im Rahmen des TOP 13 behandelt.

Ja 11 einstimmig beschlossen

zu TOP 9 Antrag des Ortschaftsrates Groß Schwechten auf Errichtung von Schwellern in der Siedlerstraße und der Friedensstraße in Groß Schwechten

A VII/079 Herr Stadtrat Röxe weist darauf hin, dass der Ortsbürgermeister den Antrag geändert hat. Der Antrag ist nun ein Prüfauftrag, indem geprüft werden soll, ob in Groß Schwechten geeignete verkehrsberuhigende Maßnahmen (keine Schilder) durchgeführt werden können.

Beschluss (geänderte Fassung):

Der Ortschaftsrat Groß Schwechten beantragt, dass geprüft wird, ob in der Siedlerstraße und der Friedensstraße in Groß Schwechten geeignete verkehrsberuhigende Maßnahmen (keine Schilder) durchgeführt werden können.



Ja 8 Nein 2 Enthaltung 1 geändert beschlossen

zu TOP 10 Antrag des Ortschaftsrates Uchtspringe über die Aufnahme der Schulhofsanierung (Pausenhofbereich) in der Grundschule Börgitz in den Maßnahmen- und Haushaltsplan der Hansestadt Stendal für das Haushaltsjahr 2021

A VII/080 Der Antrag wird im Rahmen des TOP 13 behandelt.

Ja 7 Nein 1 Enthaltung 3 mehrheitlich beschlossen

zu TOP 11 Antrag der Fraktion FSS/BfS zu § 131 Abs. 1 / 3 KVG LSA - Grundsatzbeschluss

A VII/081 **Herr Stadtrat Röxe** bittet die Verwaltung bis zum Stadtrat eine Aussage zu treffen, ob die in der Vorlage angesprochenen Regelungen dem Gesellschaftsrecht standhalten. Des Weiteren möchte er wissen, wie es sich mit Haftungsfragen verhält. Haftet der Auskunft gebende Stadtrat persönlich oder tritt die Versicherung der Stadt dafür ein?

Herr Stadtrat Weise regt an, eine externe rechtliche Prüfung heranzuziehen.

Herr Stadtrat Sobotta berichtet von einer ihm bekannten Handreichung, aus der hervorgehe, dass die Kommune haftet, soweit das Auskunft gebende Mitglied nicht vorsätzlich handle.

Herr Stadtrat Röhl verweist bezugnehmend auf Herrn Röxes Bedenken auf den § 131 KVG LSA und eine höchstrichterliche Rechtsprechung hin. Demzufolge müsste bereits jetzt in den Ausschüssen Bericht erstattet werden.

Herr Stadtrat Instenberg schildert die Verfahrensweise in seiner Fraktion.

Herr Stadtrat Röxe unterstützt die Anregung von Herrn Weise und fragt Herrn Röhl, ob dieser etwas gegen die Verschiebung der Vorlage hätte.

Herr Stadtrat Röhl stimmt dem zu, regt aber eine interne Prüfung an.

Herr Oberbürgermeister Schmotz unterstützt das Ansinnen grundsätzlich, regt aber ebenfalls die Behandlung nach einer internen rechtlichen Prüfung an.

Anschließend wird die Sitzung für eine Lüftungspause von 17:48 Uhr – 17:55 Uhr pausiert.

zurück an Ausschuss

zu TOP 12 Antrag der Fraktion FSS/BfS zur Einräumung von Prüfungsbefugnisse in Unternehmen in Privatrechtsform

A VII/082 **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Hansestadt beschließt:

1. Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beauftragt den Oberbürgermeister, dass er innerhalb von 6 Monaten nach Beschlussfassung geeignete Informations- und Prüfbefugnisse für die Rechnungsprüfungseinrichtungen (Rechnungsprüfungsamt der Hansestadt Stendal u. Landesrech-



nungshof) in den Gesellschaften mit kommunaler Mehrheitsbeteiligung der Hansestadt Stendal durch Berücksichtigung in deren Gesellschaftsverträge sicherstellt.

2. Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beauftragt den Oberbürgermeister, dass er innerhalb von 6 Monaten darauf hinwirken soll, dass geeignete Informations- und Prüfbefugnisse für die Rechnungsprüfungseinrichtungen (Rechnungsprüfungsamt der Hansestadt Stendal u. Landesrechnungshof) in den Gesellschaften mit kommunaler Minderbeteiligung der Hansestadt Stendal durch Berücksichtigung in deren Gesellschaftsverträge vorgesehen werden und in Abhängigkeit von der Zustimmung anderer Mitgesellschafter durchgesetzt werden.
3. Der Stadtrat der Hansestadt Stendal erteilt den durch die Vertretung entsandten Mitgliedern einschließlich dem Hauptverwaltungsbeamten Weisung (§131 Abs.1 KVG LSA), in den Aufsichtsgremien (Aufsichtsrat und Gesellschaftervertreter) Änderungen der Gesellschaftsverträge nach Maßgabe des Punktes 1 und 2 zuzustimmen.

Ja 6 Nein 4 Enthaltung 1 mehrheitlich beschlossen

zu TOP 13
VII/0353

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2021

Herr Oberbürgermeister Schmotz ruft zur Beschlussfassung des ursprünglichen TOP 8 - Antrag des Ortschaftsrates Heeren auf Ausbau des verlängerten Quickbornweges mit Betonspurbahnen auf:

Herr Stadtrat Röxe weist darauf hin, dass dieser Antrag unter der Prämisse gefasst werden soll, dass man für die Maßnahme Fördermittel für den landwirtschaftlichen Wegebau bekommt. Jedoch könnten diese nur beantrag werden, wenn für die Maßnahme Mittel im Haushaltsplan eingestellt sind.

Beschluss:

Der Ortschaftsrat Heeren beantragt im Rahmen des ländlichen Wegebaus den Ausbau des verlängerten Quickbornweges mit Betonspurbahnen.

Abstimmung:

Ja 11 einstimmig beschlossen

Herr Oberbürgermeister Schmotz ruft zur Beschlussfassung des ursprünglichen TOP 10 - Antrag des Ortschaftsrates Uchtspringe über die Aufnahme der Schulhofsanierung (Pausenhofbereich) in der Grundschule Börgitz in den Maßnahmen- und Haushaltsplan der Hansestadt Stendal für das Haushaltsjahr 2021 auf:

Frau Stadträtin Lenkeit fragt, was der Schulleiter zu dieser Maßnahme, die noch in diesem Haushalt aufgenommen werden soll, sagt.

Herr Stadtrat Schlafke betont, dass der Schulleiter der Maßnahme sehr offen gegenüber stehe. Es handle sich um einen Platz von 19 x 30 Metern für ca. 100 Kinder, der wenn das Wetter trocken ist, nicht nur von den Schülern benutzt wird. Der Bereich sei ziemlich groß, so dass die Schüler ausschwärmen könnten. Jedoch fließe das Wasser nach einem Regen von dem nicht entwässerten Platz nicht ab. Da es auch kein Gefälle gibt, bleiben große Pfützen bestehen. Es gebe Beschwerden von Eltern, da die Kinder dann feuchte Kleidung



hätten.

Herr Stadtrat Insetnberg fasst zusammen, dass der Schulleiter die Schulhofsanierung möchte.

Frau Stadträtin Lenkeit stellt in Frage, ob man den Schulhof in diesem Jahr machen müsse oder ob man sich mit Herrn Westrum verständigen könne, eine Vorort-Besichtigung zu machen, um zu schauen, ob eine Abhilfe möglich ist, um eine neue Pflasterung später durchzuführen.

Herr Stadtrat Röhl stimmt dem zu, jedoch sollte man Prioritäten setzen. So sehe seine Fraktion das Dorfgemeinschaftshaus in Jarchau weniger prioritär an und würde sich eher dafür einsetzen den Schulhof zu sanieren. Die Fraktion sehe sich vor der Beantwortung im Vorfeld der Sitzung gestellten Fragen außer Stande über den Stellenplan zu beraten.

Herr Stadtrat Instenberg weist darauf hin, dass der Stellenplan öffentlich zu diskutiere ist, da sich dieser nicht auf Namen beziehe.

Herr Stadtrat Röhl merkt an, dass Namen fallen würden. Er verweist auf zwei offene Anfragen, für welche Herr Kleefeldt die Beantwortung zusagte.

Herr Stadtrat Röxe erinnert an die vergangenen Jahre, in denen man sich in einer gesonderten Runde über den Stellenplan ausgetauscht hätte und regt dies wieder an.

Herr Oberbürgermeister Schmotz befürwortet dies.

Herr Stadtrat Schlafke erinnert, dass bereits seit mehreren Jahren darauf hingewiesen wird, dass der Schulhof saniert werden müsse.

Beschluss:

Der OR Uchtsprunge beantragt, dass der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt, die derzeit mit Betonpflaster belegte Fläche des Pausenhofes der Grundschule Börgitz im Jahr 2021 so zu sanieren, dass das Regenwasser ordnungsgemäß ablaufen kann.

Abstimmung:

Ja 7 Nein 1 Enthaltungen 3 mehrheitlich beschlossen

Herr Oberbürgermeister Schmotz leitet die Beratung und Beschlussfassung über den Haushaltsplan und die Haushaltssatzung 2021 ein.

Frau Pietrzak stellt den Haushaltsentwurf vor. (Anlage 1) Sie weist auf die Änderungen im Finanz- und Ergebnisplan hin (Anlage 2).

Herr Oberbürgermeister Schmotz ruft anschließend den Änderungsantrag 1 der Fraktion FSS/BfS zum Investitionsplan auf. Über die elf einzelnen Antragspunkte soll einzeln abgestimmt werden.

Punkt 1: 111310 Bauhof #071101 die Ersatzbeschaffung LKW wird zurückgestellt und entfällt für das Haushaltsjahr 2021

- Zurückgezogen



Punkt 2: 126100 Brandschutz #071101 die Ersatzbeschaffung 3 x MTW wird zurückgestellt und entfällt für das Haushaltsjahr 2021

- Zurückgezogen

Punkt 3: 424100 Sportanlagen #082101 Investition Beschallungsanlage Hölzchen wird zurückgestellt und entfällt für das Haushaltsjahr 2021

Herr Stadtrat Weise erklärt sich vorsorglich als befangen und wird weder an Beratung noch an der Beschlussfassung mitwirken.

Herr Stadtrat Röhl fragt Herrn Westrum, warum die im Jahr 2020 für das Hölzchen angesetzten Leistungen i. H. v. 250.000 Euro nicht ausgeführt wurden.

Herr Westrum macht darauf aufmerksam, dass man die Maßnahme durch erneute Rohrbrüche nicht durchführen konnte.

Herr Stadtrat Goroncy fragt, ob die Schäden von einer Versicherung getragen werden.

Herr Westrum sagt, dass die Versicherung für die Rohrbrüche eingesprungen sei. Dazu zähle jedoch die ohnehin geplante Fußbodensanierung nicht.

Herr Röhl fragt, ob es richtig sei, dass zu den in 2020 geplanten 250.000 Euro nun noch 50.000 Euro dazukämen und so insgesamt 300.000 Euro für die Fußböden geplant seien.

Herr Westrum klärt auf, dass dies nicht nur für die Sanierung sei. Die Behebung der Schäden müssten vorfinanziert werden. Anschließend würde man dann das Geld wieder bekommen.

Herr Stadtrat Goroncy merkt an, dass bereits vor 8 – 10 Jahren Putz von der Wand fiel. Man solle die Maßnahmen jetzt durchführen, da sich der Zustand zukünftig noch verschlechtern werde.

Herr Stadtrat Sobotta fragt, wer vertraglich für die Instandhaltung der Gebäude zuständig sei.

Herr Oberbürgermeister Schmotz neigt dazu anzunehmen, sollte der Verein zuständig sein, würden diese Maßnahmen nicht umgesetzt werden. Jedoch sei die Stadt Eigentümer des Grundstücks und der Gebäude darauf. So ist anzunehmen, dass sie auch für solch umfangreiche Maßnahmen verantwortlich ist.

Herr Stadtrat Röhl signalisiert Unverständnis darüber, dass es im letzten Jahr keine Vergabe gab, die sich auf das Hölzchen bezogen hat.

Herr Westrum weist darauf hin, dass die Mängel umfangreicher untersucht werden müssten als zunächst angenommen. Darüber hinaus waren zuständige Mitarbeiter länger krank.

Herr Sobotta fragt zum Punkt 5 des Antrages, wer für die Unterhaltung des Sozialgebäudes bei Empor zuständig ist.

Herr Oberbürgermeister Schmotz antwortet, dass hierfür die Stadt verantwortlich sei.



Herr Stadtrat Röhl fasst den Antrag so zusammen, dass man die Mehrkosten, die für die Fraktion nicht ersichtlich seien aus dem Haushalt entfernen möchte.

Frau Pietrzak weist darauf hin, dass es sich um Investitionen und nicht um Instandhaltungen handle.

Herr Stadtrat Röxe stellt den Geschäftsordnungsantrag die Debatten über die Punkte 3, 4 und 5 zu beenden.

Herr Oberbürgermeister Schmotz ergänzt, dass Herr Westrum bis zum Stadtrat weitere Informationen über die geplanten Maßnahmen geben wird.

Herr Stadtrat Sobotta bittet bis zum Stadtrat zu klären, ob es sich um Investitionen oder Instandhaltungen handle.

Herr Oberbürgermeister Schmotz lässt über die Punkte 3, 4 und 5 abstimmen.

Punkt 3: 424100 Sportanlagen #082101 Investition Beschallungsanlage Hölzchen wird zurückgestellt und entfällt für das Haushaltsjahr 2021
7 Ja 3 Enthaltungen
einstimmig beschlossen

Punkt 4: 424100 Sportanlagen #096142 Investition Fußbodensanierung Hölzchen wird zurückgestellt und entfällt für das Haushaltsjahr 2021
2 Ja 6 Nein 2 Enthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Punkt 5: 424100 Sportanlagen #096181 Investition Sanierung Sozialgebäude wird zurückgestellt und entfällt für das Haushaltsjahr 2021
2 Ja 5 Nein
mehrheitlich abgelehnt

Die Sitzung wird zum Lüften von 18:55 Uhr – 19:05 Uhr pausiert.

Herr Stadtrat Weise nimmt wieder an der Beratung und Beschlussfassung teil.

Herr Oberbürgermeister Schmotz ruft die Punkte 6, 7 und 8 auf.

Herr Stadtrat Instenberg fragt welche Meinung die Verwaltung dazu hat.

Frau Schröder gibt zur Kenntnis, dass die Straßenbaumaßnahme „Holzstege“ durch den Ortschaftsrat an die Verwaltung herangetragen wurde. Des Weiteren gibt sie zu bedenken, dass seit 2016 immer wieder Anträge aus dem Ortschaftsrat dazu kamen und der Bauhof hier wiederholt zum Einsatz kam.

Punkt 6: 538101 Entsorgung Regenwasser #09625951 Baumaßnahme Jarchau wird zurückgestellt und entfällt für das Haushaltsjahr 2021
5 Ja 4 Nein 2 Enthaltungen
mehrheitlich beschlossen

Punkt 7: 541100 Straße, Wege #09625951 Baumaßnahme Jarchau wird zurückgestellt und entfällt für das Haushaltsjahr 2021
7 Ja 2 Nein 2 Enthaltungen
mehrheitlich beschlossen



Punkt 8: 541101 Straßenbeleuchtung #09625951 Baumaßnahme Jarchau wird zurückgestellt und entfällt für das Haushaltsjahr 2021

7 Ja 3 Nein 1 Enthaltungen

mehrheitlich beschlossen

Herr Stadtrat Bausemer verlässt die Sitzung.

Punkt 9: für die Baumaßnahme 541100 Straße, Wege #09625952 Quickbornweg Heeren wird ein Sperrvermerk eingerichtet, die Auflösung des Sperrvermerkes erfolgt erst nach Eingang eines positiven Fördermittelbescheides, erst dann wird das Vorhaben weiter fortgeführt

10 Ja

einstimmig beschlossen

Punkt 10: für die Maßnahme 551100 Park- u. Grünanlagen #096269 Begrünung wird ein Sperrvermerk eingerichtet, die Auflösung des Sperrvermerkes erfolgt erst durch erneuten Beschluss darüber, ob und wenn ja welche Grundstücke entsprechend des Stadtratsbeschluss VII/0064 begrünt werden

Herr Stadtrat Röxe wünscht von Frau Pidun Aufklärung darüber, ob diese Mittel generell für die Begrünung der Stadt genutzt werden würden und nicht nur für die Anlagen, welche im Beschluss genannt sind.

Frau Pidun antwortet, dass für die generelle Begrünung bereits Mittel eingeplant seien. Hier geht es um 100.000 Euro zusätzlich, die im letzten Stadtrat beschlossen wurden.

10 Ja

einstimmig beschlossen

Punkt 11: 573118 Gemeindezentrum Jarchau #096158 DGH Jarchau wird zurückgestellt und entfällt für das Haushaltsjahr 2021

Herr Stadtrat Röhl macht darauf aufmerksam, dass die aktuelle Beschlusslage ist, dass das DGH Jarchau nicht ohne Förderung gebaut werde. Man ist der Meinung, es gebe Wichtigeres, als das Gemeindezentrum in 2021 zu sanieren.

Herr Stadtrat Weise zeigt Verständnis, weist jedoch auch darauf hin, dass man etwas für die Ortsteile tun müsse. Er empfinde es als sehr wichtig dieses Jahr mit der Maßnahme zu beginnen.

Herr Westrum erinnert, dass diese Maßnahme die Verwaltung seit 2016 beschäftige. Seitdem sind die Mittel jedes Mal im Haushalt beschlossen worden. Durch nicht eingehaltene Brandschutzmaßnahmen ist die Nutzung des Gebäudes nach wie vor eingeschränkt. Er stellt den Verlauf des Projektes dar.

Herr Stadtrat Dr. Wollmann berichtet von einer Besichtigung des Gebäudes mit dem Ortsbürgermeister Herrn Twartz. Bei dieser sei man zu dem Schluss gekommen, dass das Gebäude sanierungsbedürftig sei. Man Sorge sich jedoch darum, dass die Kosten höher als geplant ausfallen könnten.

Herr Westrum klärt auf, dass es bereits eine Baugenehmigung seit ca. zwei Jahren gebe. Es könnte sein, dass diese Frist dieses Jahr abläuft. Es gebe sogar bereits ein Leistungsverzeichnis welches man zur Verfügung stellen



könne.

Herr Stadtrat Goroncy kritisiert, dass man 100.000 Euro für die Begrünung der Stadt einplanen wolle, jedoch ein marodes Gebäude nicht saniert.

Herr Stadtrat Dr. Wollmann stellt den Geschäftsordnungsantrag über den Punkt abzustimmen.

Frau Pietrzak ergänzt, dass 400.000 Euro für dieses und 100.000 Euro für nächstes Jahr mit einer Verpflichtungsermächtigung eingestellt sind. D. h. mit dem Beschluss darüber, könnte die Verwaltung bereits dieses Jahr Aufträge i. H. v. 500.000 Euro auslösen.

Frau Stadträtin Schüßler regt an einen Sperrvermerk einzurichten, der aufgelöst wird, wenn Fördermittel kommen.

Herr Stadtrat Röhl macht darauf aufmerksam, dass das Ziel sei die Maßnahme ins nächste Jahr zu schieben um mehr Fördermittel zu generieren.

Abstimmung Pkt. 11

4 Ja 7 Nein
mehrheitlich abgelehnt.

Änderungsantrag der Fraktion SPD/FDP/Ortsteile zum Neubau des Sozialgebäudes des Stendaler Leichtathletikvereins

Herr Stadtrat Dr. Wollmann stellt den Änderungsantrag vor und begründet diesen.

Herr Stadtrat Röxe stellt die Frage, welche Veranlassung die Hansestadt Stendal hätte, für den Kreissportbund Büroräume zu schaffen. Ergänzend fragt er, wie die jetzigen Nutzungsverhältnisse wären. Wie viele Räume der KSB bisher nutze und welche Vergütung an wen entrichtet werden würde (Miete). Er sehe dazu keine Veranlassung. Der größte Verein in Stendal hätte 600 Mitglieder und hat lediglich ein kleines Büro im Haus der Vereine. Er fragt, ob die Container so marode seien, dass eine weitere Nutzung für ein Jahr völlig ausgeschlossen sei, sodass jetzt eine Ersatzmaßnahme geschaffen werden müsse.

Herr Stadtrat Bausemer würde Herrn Röxe Recht geben, wenn es sich nur um eine reine Büroraumnutzung handle. Jedoch geht er davon aus, dass die Container auch als Umkleidekabine genutzt werden.

Herr Stadtrat Röxe merkt an, dass zum umkleiden ein extra Gebäude mit Sanitäreinrichtungen zur Verfügung stehe.

Herr Stadtrat Instenberg klärt über den Werdegang der Container auf. Diese hätten ursprünglich bei der Sparkasse in Tangermünde gestanden. Dort wurden Sie aufgrund ihres schlechten Zustandes ausgesondert. Dann übernahm Lok Stendal die Container und später übernahm die Stadt diese aus der Insolvenzmasse für den Leichtathletikverein. Mit dem Antrag soll im Rahmen der Planung dann herausgefunden werden, inwieweit Abhilfe geschaffen werden könne. Wenn dann dabei auch Büroräume für den KSB entstehen würden, wäre es positiv für alle Beteiligten.



Herr Stadtrat Weise sieht es als unschädlich an, diese Planungskosten mit in den Haushalt zu nehmen. Außerdem könnte dieses Projekt förderfähig sein.

Herr Dr. Wollmann weist darauf hin, dass sich der Antrag hauptsächlich auf Umkleide und Sanitärräume beziehe.

Herr Stadtrat Röhl bittet die Gesamtkosten zu nennen. Er könne sich eine Zustimmung nicht vorstellen, da daraus im nächsten Jahr Folgekosten entstehen würden.

Abstimmung ÄA SPD/FDP/Ortsteile – Sozialgebäude Leichtathletikverein.

3 Ja 7 Nein 1 Enthaltung
mehrheitlich abgelehnt

Änderungsantrag der Fraktion FSS/BfS – Zuweisung Winckelmann-Museum

Herr Stadtrat Schwarzer begründet den Änderungsantrag.

Herr Oberbürgermeister Schmotz übergibt die Sitzungsleitung an das an Jahren älteste Mitglied **Herrn Stadtrat Dr. Wollmann** und nimmt nicht an der Beratung und Beschlussfassung teil.

Herr Stadtrat Instenberg fragt auf welcher Basis die Zuweisung erhöht werden solle.

Herr Stadtrat Röhl sagt man wolle sicherstellen, dass dem Antrag der SPD/FDP/Ortsteile Rechnung getragen wird, dass die Unterlagen zu liefern sind.

Beschluss:

nachfolgende Änderung / Ergänzung ist im Haushaltsplan 2021 zu berücksichtigen:

1. die Höhe der Zuweisung für den Verein „Winckelmann-Gesellschaft e.V.“ soll für das Jahr 2021 183.400,00 EUR betragen, diese Änderung ist in die Haushaltssatzung nebst Anlagen zu übernehmen, der Hauptverwaltungsbeamte bzw. dessen Vertreter wird zum Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung für das Jahr 2021 mit dem Verein beauftragt, diese Vereinbarung ist der Vertretung als Beschlusslage zur Genehmigung vorzulegen

2. für die Auszahlung der Zuweisung nach Punkt 1 wird ein Sperrvermerk über 100.000,00 EUR eingerichtet, die Auflösung des Sperrvermerkes ist an folgende Bedingungen geknüpft:

a) die vollumfängliche Lieferung der Unterlagen gemäß Stadtratsbeschluss VII / 069 / 1 vom 7.12.2020

b) eine Klärung über die Rechtmäßigkeit von Mietverhältnissen und erhaltenen Mietzahlungen in der Liegenschaft

c) die Hansestadt Stendal erhält einen kompletten Rechenschaftsbericht mit EÜR (Einnahme-Überschuss-Rechnung) des Kalenderjahres



Abstimmung:

6 Ja 1 Nein 3 Enthaltungen
mehrheitlich beschlossen

Herr Stadtrat Dr. Wollmann übergibt die Sitzungsleitung wieder an **Herrn Oberbürgermeister Schmotz**.

Herr Oberbürgermeister Schmotz, gibt zur Kenntnis, dass der Stellenplan zum Haushalt gehört und mit ihm zusammen zu beschließen ist. Einzelne Personalfragen müssten dann in einer Sondersitzung nicht öffentlich beraten werden.

Herr Stadtrat Röhl spricht eine Anfrage zum Sachsen-Anhalt-Tag an. Aus der Antwort würden sich Diskrepanzen zum Haushalt ergeben. Er bittet um Aufklärung über die Kosten. Des Weiteren fragt er, warum man von 300.000 Besuchern ausgeht, obwohl es in den Vorjahren nur 150.000 waren.

Herr Neumann erinnert an den ersten Sachsen-Anhalt-Tag der in Stendal durchgeführt wurde. Damals kamen 250.000 Besucher. Des Weiteren ist Stendal anders angebunden, als die vormaligen Austragungsorte. Dort sind die Veranstaltungen auf engstem Raum im Harz durchgeführt worden und die Städte waren kleiner. Die Zahlen seien mit dem Land abgestimmt und man gehe somit von 250.000 - 300.000 Besuchern aus. Die Erwartungshaltung sei sehr hoch. Speziell von Besuchern des letzten Stendaler Sachsen-Anhalt-Tages habe man viel Zuspruch bekommen. Im Finanzplan vom letzten Jahr wurden erste Schätzungen vorgenommen. Die Preis- und Lohnsteigerungen des letzten Jahres wurden in diese nun einbezogen.

Herr Stadtrat Röhl fragt, welche Zahl (Belastung für die Stadt) stimmt. 500.000 Euro oder 842.000 Euro.

Herr Neumann erläutert, dass die Belastung die Differenz ist. Die Ausgaben werden zwischen 900.000 Euro und 1 Mio. Euro liegen. Die Einnahmen werden auf ungefähr 500.000 Euro geschätzt. Dies seien die aktuellen Zahlen aus der letzten und der aktuellen Woche.

Herr Stadtrat Röhl stellt fest, dass dann aktuell mit 842.000 Euro Differenz wesentlich zu viel im Haushalt eingestellt ist. Weiterhin fragt er, wie Herr Neumann auf eine Förderung durch das Land i. H. v. 200.000 Euro komme. Im Haushalt des Landes seien lediglich 50.000 Euro Förderung eingeplant.

Herr Neumann erklärt, dass die 50.000 Euro die Direktzuweisung für die Ausrichterstadt seien. Die restlichen 150.000 Euro verteilen sich im Landeshaushalt auf mehrere Positionen.

Herr Stadtrat Schwarzer fragt, ob die neuen Zahlen dann am 15.02.2021 im Haushalt enthalten sind.

Herr Neumann sichert zu, die Zahlen am nächsten Tag Frau Pietrzak zur Verfügung zu stellen.



Herr Oberbürgermeister Schmotz weist auf die Dynamik des Projektes hin. Daher können sich die Beträge auch ständig ändern.

Herr Stadtrat Röxe verlässt den Saal und möchte sich durch den bereits als Gast anwesenden **Herrn Stadtrat Goroncy** vertreten lassen.

Die Herrn Stadträte Dr. Wollmann, Röhl und Sobotta wenden ein, dass dies nicht zulässig sei.

Herr Stadtrat Sobotta berichtet aus einer Schulung im Vorjahr, auf der gelehrt wurde, dass dies unzulässig sei.

Herr Stadtrat Dr. Wollmann wendet ein, dass man sonst ähnlich wie im Handball ständig einen neuen Experten einwechseln könne.

Herr Stadtrat Sobotta fügt hinzu, dass man so auch bei Befangenheit sein Stimmrecht jemandem anderes zur Verfügung stellen könne.

Herr Oberbürgermeister Schmotz nimmt den Einwand an.

Er weist abschließend daraufhin, dass der Beteiligungsbericht im Rahmen des Haushaltes nach dem KVG LSA in öffentlicher Sitzung zu behandeln ist und somit hiermit beschlossen wird.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2021 mit den beschlossenen Änderungen.

Ja 5 Nein 1 Enthaltung 3 geändert beschlossen

Herr Oberbürgermeister Schmotz beruft eine Lüftungspause von 20:03 Uhr bis 20:11 Uhr ein.

zu TOP 14 Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses 2019 und die Entlastung der Betriebsleitung des Technologiepark Altmark - Eigenbetrieb der Hansestadt Stendal

VII/0347 **Herr Oberbürgermeister Schmotz** stellt nach der Pause fest, dass **Frau Stadträtin Schüßler** und **Herr Stadtrat Röxe** bereits die Sitzung verlassen haben.

Frau Stadträtin Lenkeit ist nach der Pause noch abwesend.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Feststellung des Jahresabschlusses einschließlich des Lageberichtes 2019 für den Technologiepark Altmark - Eigenbetrieb der Hansestadt Stendal. Der Jahresgewinn in Höhe von 21.949,00 EUR soll auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Betriebsleitung wird für das Geschäftsjahr 2019 entlastet.

Ja 8 einstimmig beschlossen

zu TOP 15 Radverkehrskonzept 2020
VII/0348 **Beschlussvorschlag:**



Der Stadtrat der Hansestadt Stendal stimmt dem Entwurf des Radverkehrskonzeptes 2020 zu und fasst hierfür den Selbstbindungsbeschluss.

Ja 8 einstimmig beschlossen

zu TOP 16 Kooperationsvereinbarung zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie für das Industriegebiet Buchholz/Lüderitz

VII/0282/2 **Herr Stadtrat Bausemer** äußert seine Verwunderung über die Steigerung des Eigenanteils von 20.000 Euro auf 60.000 Euro. Er fragt warum Tangerhütte dies nicht tut.

Herr Stadtrat Weise gibt zur Kenntnis, dass der Stadtrat von Tangerhütte eine Erhöhung von 5.000 Euro auf 17.000 Euro beschlossen hat. Er zeigt sich darüber erfreut. Er bittet um Zurverfügungstellung der Unterlagen der drei Bewerber.

Frau Stadträtin Lenkeit nimmt wieder an der Sitzung teil.

Herr Stadtrat Röhl möchte anmerken, dass beschlossen wurde, dass das Gebiet im Flächennutzungsplan als Industrie- und Gewerbefläche ausgewiesen wird. Die Verzögerung hätte nicht an Tangerhütte, sondern an Stendal gelegen. Die Fraktion würde die Vorlage im Stadtrat ablehnen.

Frau Tüngler sichert zu, die Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Sie weist daraufhin, dass der Antrag auf Förderung bis 31.03.2021 gestellt werden müsse. Dazu brauche Sie alle Beschlüsse.

Ja 3 Nein 6 mehrheitlich abgelehnt

zu TOP 17 Beschluss über den Prüfbericht des Landesrechnungshofes zum Winckelmann Museum

VII/0350 zurückgezogen

zu TOP 18 Stadtentwicklungskonzept - Teilthema Klima und Umwelt; hier: Auslegungsbeschluss

VII/0354 **Herr Stadtrat Dr. Wollmann** bittet die Öffentlichkeit hierüber in „Presse, Funk und Fernsehen“ zu informieren.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal stimmt dem vorliegenden Entwurf des Stadtentwicklungskonzeptes, Teilthema Klima und Umwelt zu und beschließt die öffentliche Auslegung gemäß § 171 b Abs. 3 i. V. m. § 137 und 139 Baugesetzbuch (BauGB).

Ja 9 einstimmig beschlossen

zu TOP 19 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 37/21 "Solarpark Wahrburg - Südlich Tornauer Str." hier: Aufstellungsbeschluss

VII/0355 **Herr Stadtrat Röhl** betont, dass dies für die Anwohner von „Braunland“ eine Zumutung sei. Das Grundstück 442 müsste aus diesem Bebauungsplan ent-



fernt werden.

Herr Stadtrat Instenberg fragt, wie der Ortschaftsrat Wahrburg abgestimmt hat.

Frau Stadträtin Lenkeit gibt zur Kenntnis, dass es eine Ja-Stimme und sonst nur Ablehnungen gab.

Herr Stadtrat Lippmann fügt hinzu, dass der Stadtentwicklungsausschuss mit null Ja, sechs Nein und einer Enthaltung abgelehnt hätte.

Herr Stadtrat Instenberg weist daraufhin, dass es generell einen gewissen Unmut gegenüber PV-Anlagen gibt. Er fragt, ob es Kriterien gibt, ob und wo man diese zulässt.

Frau Jantsch erklärt, dass es im Flächennutzungsplanentwurf, welcher zur Verfügung gestellt wird, enthalten ist. Dort ist ausgewiesen wo man sich als Stadt PV-Anlagen vorstellen könne. Wenn dieser beschlossen wird, hat man einen Plan, den man auch Investoren zur Verfügung stellen könne. Im Moment darf jedoch jeder laut § 12 BauGB einen Antrag stellen einen Vorhaben- und Erschließungsplan aufzustellen. Darüber entscheidet dann der Stadtrat. Das aktuell besprochene Gebiet wird dort als möglicher Standort ausgewiesen.

Ja 1 Nein 7 Enthaltung 1 mehrheitlich abgelehnt

zu TOP 20 10. Änderung des Flächennutzungsplans Stadt Stendal "Solarpark Wahrburg- Südlich Tornauer Str." hier: Aufstellungsbeschluss

VII/0356

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt das Verfahren für die 10. Änderung des Flächennutzungsplans Stadt Stendal „Solarpark Wahrburg - Südlich Tornauer Str.“ gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) einzuleiten (Aufstellungsbeschluss).

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Verfahren zur Aufstellung durchzuführen.

Ja 1 Nein 7 Enthaltung 1 mehrheitlich abgelehnt

zu TOP 21 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 38/21 "Solarpark Möringen - In-selsche Rott" hier: Aufstellungsbeschluss

VII/0358

zurück an Ausschuss

zu TOP 22 Bebauungsplan Nr. 58/18 "Uenglinger Berg, 1. Erweiterung" – Abwägungsbeschluss zu den abgegebenen Stellungnahmen

VII/0341

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt die Beschlussempfehlungen der Verwaltung für die Abwägung der während der

- Auslegung des 1. Entwurfs des Bebauungsplan Nr. 58/18 „Uenglinger Berg, 1. Erweiterung“ nebst Entwurf der zugehörigen Begründung in der Fassung vom Januar 2019
- Auslegung des 2. Entwurfs des Bebauungsplan Nr. 58/18 „Uenglinger Berg, 1. Erweiterung“ nebst Entwurf der zugehörigen Begründung in



der Fassung vom Januar 2020

abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß Anlage 2.

Ja 9 einstimmig beschlossen

zu TOP 23 Bebauungsplan Nr. 58/18 "Uenglinger Berg - 1. Erweiterung" – Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB

VII/0342

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 58/18 „Uenglinger Berg - 1. Erweiterung“ als Satzung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB sowie den §§ 8 und 45 Abs. 2 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA). Die dem Bebauungsplan nach § 9 Abs. 8 BauGB beizufügende Begründung wird ebenfalls beschlossen. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Bebauungsplan Nr. 58/18 „Uenglinger Berg - 1. Erweiterung“ der oberen Verwaltungsbehörde zur Genehmigung vorzulegen und die Genehmigung der Satzung ortsüblich bekanntzumachen.

Ja 9 einstimmig beschlossen

zu TOP 24 Beschluss über den Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplan des Fördermittelprogramms "Sozialer Zusammenhalt", Stendal-Stadtsee, Programmjahr 2021

VII/0360

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den als Anlage 1 beigefügten Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplan (Stand 03.11.2020) des Fördermittelprogramms „Sozialer Zusammenhalt“, Stendal-Stadtsee, Programmjahr 2021.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Fördermittel aus dem Programm „Sozialer Zusammenhalt“, Programmjahr 2021, nach Maßgabe des als Anlage beigefügten Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplans (Stand 03.11.2020) in einer Gesamthöhe von 1.809.600,00 Euro zu beantragen und die Mittel vorbehaltlich einer Bewilligung für die aufgeführten Einzelmaßnahmen einzusetzen.

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt eines rechtskräftigen Haushalts der Hansestadt Stendal für das Haushaltsjahr 2021.

Ja 9 einstimmig beschlossen

zu TOP 25 Beschluss über den Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplan des Fördermittelprogramms "Wachstum und nachhaltige Erneuerung", Stadtsee, Programmjahr 2021

VII/0361

Herr Stadtrat Instenberg nimmt nicht an der Beratung und Beschlussfassung teil.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den als Anlage 1 beigefügten Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplan (Stand 12.10.2020) des Fördermittelprogramms „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“, Stadtsee, Programmjahr 2021.



Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Fördermittel aus dem Programm „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“, Stadtsee, Programmjahr 2021, nach Maßgabe des als Anlage beigefügten Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplans (Stand 12.10.2020) in einer Gesamthöhe von 1.422.410,00 Euro zu beantragen und die Mittel vorbehaltlich einer Bewilligung für die aufgeführten Einzelmaßnahmen einzusetzen.

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt eines rechtskräftigen Haushalts der Hansestadt Stendal für das Haushaltsjahr 2021.

Ja 8 einstimmig beschlossen

zu TOP 26 Beschluss über den Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplan des Fördermittelprogramms "Wachstum und nachhaltige Erneuerung", Süd, Programmjahr 2021

VII/0362 **Herr Stadtrat Instenberg** nimmt wieder an der Beratung und Beschlussfassung teil.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den als Anlage 1 beigefügten Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplan (Stand 17.11.2020), Süd, Programmjahr 2021.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Fördermittel aus dem Programm „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“, Süd, Programmjahr 2021, nach Maßgabe des als Anlage beigefügten Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplans (Stand 17.11.2020) in einer Gesamthöhe von 270.000,00 Euro zu beantragen und die Mittel vorbehaltlich einer Bewilligung für die aufgeführte Einzelmaßnahme einzusetzen.

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt eines rechtskräftigen Haushalts der Hansestadt Stendal für das Haushaltsjahr 2021.

Ja 9 einstimmig beschlossen

zu TOP 27 Beschluss über den Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplan des Fördermittelprogramms "Investitionspakt Förderung von Sportstätten", Programmjahr 2021

VII/0363 **Beschlussvorschlag:**
Der Stadtrat beschließt den als Anlage 1 beigefügten Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplan (Stand 07.09.2020) des Fördermittelprogramms „Investitionspakt Förderung von Sportstätten“, Programmjahr 2021.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Fördermittel aus dem Programm „Investitionspakt Förderung von Sportstätten“, Programmjahr 2021, nach Maßgabe des als Anlage beigefügten Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplans (Stand 07.09.2020) in einer Gesamthöhe von 300.000,00 Euro zu beantragen und die Mittel vorbehaltlich einer Bewilligung für die aufgeführte Einzelmaßnahme einzusetzen.

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt eines rechtskräftigen Haushalts der Hansestadt Stendal für das Haushaltsjahr 2021.



Ja 9 einstimmig beschlossen

zu TOP 28 **Beschluss über den Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplan des Fördermittelprogramms Lebendige Zentren - "Altstadt mit Bahnhofsvorstadt", Programmjahr 2021**

VII/0364 **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt den als Anlage 1 beigefügten Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplan (Stand 18.11.2020) des Fördermittelprogramms Lebendige Zentren - „Altstadt mit Bahnhofsvorstadt“, Programmjahr 2021.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Fördermittel aus dem Programm Lebendige Zentren - „Altstadt mit Bahnhofsvorstadt“, Programmjahr 2021, nach Maßgabe des als Anlage beigefügten Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplans in einer Gesamthöhe von 1.896.000,00 Euro zu beantragen und vorbehaltlich einer Bewilligung der Fördermittel diese für die aufgeführten Einzelmaßnahmen einzusetzen.

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt eines rechtskräftigen Haushalts der Hansestadt Stendal für das Haushaltsjahr 2021.

Ja 8 Nein 1 mehrheitlich beschlossen

zu TOP 29 **Spendenangebot**

VII/0383 **Herr Stadtrat Röhl** fragt nach den zukünftigen Unterhaltskosten.

Herr Neumann antwortet, dass Stromkosten im Jahr von geschätzt 80 Euro entstehen.

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Personalausschuss beschließt die Annahme folgender Schenkung:

Im Bereich Büro des Oberbürgermeisters die Beleuchtungsanlage des Tangermünder Tores im Gesamtwert von 32.603,19,00 € durch die H. und H. Kaschade Stiftung.

Ja 8 Nein 1 mehrheitlich beschlossen

zu TOP 30 **Spendenangebot**

VII/0382 **Beschlussvorschlag:**

Der Haupt- und Personalausschuss beschließt die Annahme folgender Schenkung:

Im Bereich Büro des Oberbürgermeisters das Tastmodell der Stadt Stendal am Winckelmannplatz im Gesamtwert von 28.890,00 € durch den Rotary Club Stendal.

Ja 9 einstimmig beschlossen



zu TOP 31 Anfragen/Anregungen

Herr Oberbürgermeister Schmotz stellt den Stand der Beschlusskontrolle vor. Diese Übersicht wird den Stadträten zur Verfügung gestellt.

Herr Stadtrat Bausemer berichtet von einem Bürger, welchem sein Hund entzogen werden solle, weil er angeblich zu einer gefährlichen Rasse gehören soll. Es handle sich dabei um einen Miniatur Bullterrier. Nach den Gesetzen in Sachsen-Anhalt würden die Bullterrier zu den gefährlichen Rassen gehören. Es ist jedoch strittig ob die Miniatur Bullterrier eine eigene Rasse sind oder nicht. Er bittet um Erklärung, warum die Stadt Stendal diese nicht als eigene Rasse ansieht.

Frau Heidemann berichtet, dass das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt sich positioniert hätte. Demnach sind Miniatur Bullterrier, Bullterrier. Damit gehören sie zu den Vermutungshunden. Wenn der Halter den Wesenstest nicht nachweisen kann, muss der Hund eingezogen werden.

Herr Stadtrat Bausemer fragt, ob er die Stellungnahme des Landesverwaltungsamtes zur Verfügung gestellt bekommen könnte. Außerdem fragt er, warum man einen Wesenstest für einen Hund unter zwei Jahren anordnet, wenn der Tierarzt bestätigt, dass man diesen erst bei Hunden machen könne, die älter als zwei Jahre alt sind.

Herr Stadtrat Schwarzer verlässt die Sitzung.

Frau Heidemann klärt auf, dass es den kleinen und den großen Wesenstest gebe. Der kleine Wesenstest wird bei jüngeren noch nicht sozial ausgereiften Hunden durchgeführt. Der Tierarzt könne jedoch auch dann noch nicht abschließend urteilen. Daher gibt es den großen Wesenstest wenn der Hund zwei Jahre alt ist.

Herr Oberbürgermeister Schmotz schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Klaus Schmotz
Vorsitzender

Stefan Lodders
Protokoll

